



Committee to Protect Journalists

30. Januar 2017

Ihre Exzellenz Dr. Angela Merkel  
Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland  
Willy-Brandt-Straße 1,  
10557 Berlin, Deutschland

Telefax: +49.30.184.002605

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir, das *Committee to Protect Journalists (CPJ)*, eine unabhängige Organisation zum Schutz der Pressefreiheit, schreiben Ihnen, um Sie zu bitten, Ihren [bevorstehenden Türkei-Besuch](#) als Gelegenheit zu nutzen, um den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan zur Freilassung der Dutzenden in seinem Land inhaftierten Journalisten aufzufordern und zu drängen, den über 100 Medienkanälen, welche seit dem gescheiterten Militärputsch im Juli 2016 geschlossen wurden, die Wiederaufnahme ihrer Arbeit und einen Betrieb frei von Schikanen zu ermöglichen.

Das derzeitige Vorgehen gegen die Rechte auf freie Meinungsäußerung, freien Informationszugang und die freie Weitergabe von Informationen ist in Tiefe und Ausmaß [ohne Beispiel in dem jahrzehntelangen Zeitraum](#), über den CPJ die Pressefreiheit in der Türkei bereits beobachtet. Sollte die Türkei diesen Kurs nicht bald umkehren, wird dort eine monolithische Medienlandschaft zurückbleiben, in der nur noch die Stimmen der Regierung und ihrer Unterstützer Gehör finden. CPJ ist der Ansicht, dass dies letztlich der Stabilität des Landes und seiner Verlässlichkeit als internationaler Partner abträglich sein wird.

Allein in der vergangenen Woche ließ die türkische Regierung per Dekret zwei Medienkanäle verbieten; ein Gericht ließ einen Agenturreporter wegen Terrorismusvorwürfen in Untersuchungshaft nehmen; eine Journalistin wurde wegen der von ihr verfassten Bücher zu sechs Jahren Haft verurteilt; ein dritter Journalist wurde verhaftet, während er über ein Gerichtsverfahren berichtete; und das zweisprachige deutsch-türkische Onlinenachrichtenportal [Özgürüz](#) („Wir sind frei“), das von [Can Dündar](#), dem ehemaligen Herausgeber des *Cumhuriyet*, aus seinem deutschen Exil redaktionell geleitet wird, wurde 12 Stunden vor der Veröffentlichung seines ersten Artikels in der Türkei gesperrt.

**CHAIRMAN**

Sandra Mims Rowe

**VICE CHAIR**

Kathleen Carroll

**HONORARY CHAIRMAN**

Terry Anderson

**EXECUTIVE DIRECTOR**

Joel Simon

**DIRECTORS**

Stephen J. Adler REUTERS

Franz Allina

Amanda Bennett

Krishna Bharat

Rajiv Chandrasekaran

Susan Chira THE NEW YORK TIMES

Sheila Coronel COLUMBIA UNIVERSITY  
GRADUATE SCHOOL OF JOURNALISM

Josh Friedman  
CAREY INSTITUTE FOR GLOBAL GOOD

Anne Garrels

Cheryl Gould

Charlayne Hunter-Gault

Jonathan Klein GETTY IMAGES

Jane Kramer THE NEW YORKER

Mhamed Krichen AL-JAZEERA

Isaac Lee UNIVISION

Lara Logan CBS NEWS

Rebecca MacKinnon

Kati Marton

Michael Massing

Geraldine Fabrikant Metz  
THE NEW YORK TIMES

Victor Navasky THE NATION

Clarence Page CHICAGO TRIBUNE

Ahmed Rashid

David Remnick THE NEW YORKER

Alan Rusbridger  
LADY MARGARET HALL, OXFORD

David Schlesinger

Karen Amanda Toulon BLOOMBERG NEWS

Jacob Weisberg THE SLATE GROUP

Jon Williams ABC NEWS (*Ex Officio*)

Matthew Winkler BLOOMBERG NEWS

330 7th Avenue, 11th Floor  
New York, NY 10001 USA  
PHONE: +1 (212) 465-1004  
FAX: +1 (212) 465-9568  
info@cpj.org

www.cpj.org



Während Dündar nach Deutschland fliehen konnte, gelang dies vielen anderen nicht. Am 1. Dezember 2016, als CPJ zuletzt seinen Zensus der weltweit inhaftierten Journalisten durchführte, saßen in der Türkei [81 Journalisten](#) hinter Gittern, mehr als in jedem anderen Land der Welt bezogen auf das Jahr 2016 und jedes andere Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen durch CPJ im Jahr 1991. Viele andere unterstehen einem Reiseverbot. Auch für Can Dündars Ehefrau Dilek Dündar gilt ein solches [Reiseverbot](#), obwohl sie keine Journalistin ist und nach Aussage ihres Ehemannes keiner Straftat verdächtigt wird.

Zusätzlich zu den 81 bestätigten Fällen wurden am 1. Dezember 2016 noch 70 weitere Journalisten inhaftiert, bei denen CPJ jedoch nicht ermitteln konnte, ob sie wegen ihrer Arbeit verhaftet wurden. Dies lag in vielen Fällen daran, dass Anwälte und Angehörige aus Angst schwiegen und selbst offizielle Dokumente nicht teilen wollten. Das harte Durchgreifen traf auch Menschen, die sich für die Pressefreiheit engagieren: Gegen [Erol Önderoğlu](#), den Türkei-Vertreter von Reporter ohne Grenzen, [läuft ein Prozess](#) wegen Terrorismusvorwürfen, weil er sich an einer Solidaritätskampagne für eine Zeitung beteiligt hatte, welche schließlich von der Regierung geschlossen wurde. [Kadri Gürsel](#), der Vorsitzende des türkischen Nationalkomitees des Internationalen Presseinstituts (IPI) ist seit Oktober 2016 inhaftiert.

Die Entschlossenheit, mit der die Regierung den gescheiterten Militärputsch als Rechtfertigung für die Ausschaltung von Kritikern nutzt, war von Anfang an erkennbar. Bereits in der ersten Woche, nachdem aufrührerische Soldaten versucht hatten, die Regierung zu stürzen, setzten die türkischen Behörden ihre Notstandsbefugnisse ein, um mindestens 48 Journalisten zu inhaftieren sowie 23 Radiosender, 45 Zeitungen, 15 Magazine und 29 Verlagshäuser und Vertriebe zu schließen, wie [CPJ-Recherchen ergaben](#). Die Notstandsbefugnisse erlauben es Kabinettsmitgliedern, per Dekret jedes Medium zu schließen, das sie für eine „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ halten. Die Regierung führte erst in der vergangenen Woche einen Mechanismus ein, mit dem solche Verordnungen angefochten werden können.

Wir erkennen an, dass jedes Land das Recht hat bzw. die Verantwortung trägt, seine Bürger und Institutionen vor gewaltsamen Angriffen zu schützen. Das fortgesetzte harte Vorgehen gegen Medien und einzelne Journalisten geht jedoch weit über die Erfordernisse der Sicherheit und des Schutzes türkischer Bürger und des türkischen Staates hinaus. Die [Verlängerung](#) des Ausnahmezustands, der nun schon mehr als sechs Monate dauert, ermöglicht und verstetigt die Verletzungen der Rechte türkischer Staatsbürger auf freie Meinungsäußerung, freien Informationszugang und freie Weitergabe von Informationen.

Deutschland war bislang ein starker Fürsprecher der Pressefreiheit – im Innern wie international – und hat Angriffe auf Nachrichtenmedien in der ganzen Welt, einschließlich der Türkei, immer wieder kritisiert. Wir fordern Sie auf, Ihren ersten Besuch in der Türkei seit dem Putschversuch im Juli als Gelegenheit zu



Committee to Protect Journalists

nutzen, um diese Bedenken zu wiederholen und das Wort zu ergreifen für die Journalisten, die wegen ihrer Arbeit inhaftiert wurden, für die zahlreichen Personen, gegen die Reiseverbote verhängt wurden, und für die Menschen, deren Arbeitgeber aufgrund von Notstandsdekreten den Betrieb einstellen mussten. CPJ glaubt, dass eine offene Debatte – sogar und insbesondere über so heikle Themen wie den Status der ethnischen Kurden in der Türkei oder die Beteiligung des Landes am Syrienkonflikt – eine bessere Politik und stabilere internationale Partner hervorbringen kann.

Hochachtungsvoll,

Joel Simon  
Exekutivdirektor, CPJ

CC:

Ali Kemal Aydın, türkischer Botschafter in Deutschland

Christian Danielsson, Direktor der Generaldirektion Erweiterung der Europäischen Union

Martin Erdmann, deutscher Botschafter in der Türkei

Johannes Hahn, EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen

Stavros Lambrinidis, Sonderbeauftragter der Europäischen Union für Menschenrechte

Kent Logsdon, Geschäftsträger ad interim bei der US-Botschaft in Deutschland

Dunja Mijatović, OSZE-Bbeauftragte für die Freiheit der Medien

Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission

Nils Muižnieks, Menschenrechtskommissar des Europarats

Peter Wittig, deutscher Botschafter in den USA